



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920**

209 (15.5.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-191325](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-191325)

# Mannheimer General-Anzeiger

Verlagspreis: In Mannheim u. Umgebung monatl. 4,50 M. für den Rest des Reichs u. Auslandes 5,00 M. — Postgebühren: 20% — für den Auslandes 30%. — Die Druckerei: Mannheimer Druckerei- u. Verlagsanstalt, 17000 Mannheim, I. B. u. Nr. 2517. — Verantwortl. Redakteur: Dr. H. H. H. — Druckerei: Mannheimer Druckerei- u. Verlagsanstalt, 17000 Mannheim, I. B. u. Nr. 2517. — Druckerei: Mannheimer Druckerei- u. Verlagsanstalt, 17000 Mannheim, I. B. u. Nr. 2517.

## Badische Neueste Nachrichten

Verlagspreis: Bei überregionaler Verbreitung 1,50 M. woch. 1,00 M. — Postgebühren: 20% — für den Auslandes 30%. — Die Druckerei: Mannheimer Druckerei- u. Verlagsanstalt, 17000 Mannheim, I. B. u. Nr. 2517. — Verantwortl. Redakteur: Dr. H. H. H. — Druckerei: Mannheimer Druckerei- u. Verlagsanstalt, 17000 Mannheim, I. B. u. Nr. 2517.

### Die Not des Vaterlandes.

#### Die Untergrabung der Autorität.

□ Berlin, 15. Mai. (Von unserem Berliner Büro.) In einer Wahlversammlung der Deutschen Volkspartei sprach gestern Prof. Dr. Kahl über deren Ziele. In diesem Zusammenhang schilderte er mit ergreifenden Worten die Not des Vaterlandes. Autorität sei jetzt ein Begriff geworden, den man nur noch vom Hören kenne. Einst habe sie das deutsche Staatsgeschick getragen, heute sei sie vollkommen untergraben worden. Ein Aufschwung Deutschlands könne nur dann erfolgen, wenn diese erste Vorbedingung einer festen Regierung wieder erfüllt sei. Die deutsche Volkspartei habe die Politik des letzten Jahres nicht mitmachen können und sich aus diesem Grunde an der Koalition nicht beteiligt. Zum Schluß forderte ein Redner zur Sammlung unter der schwarz-weiß-roten Fahne auf. Unter Abfingung des Deutschland-Liedes ging man auseinander.

#### Die Ausbeutung des Volkes durch die Kriegsgesellschaften.

□ München, 15. Mai. (Priv.-Tel.) Justizminister Dr. Müller hat sich in einer Versammlung scharf dagegen ausgesprochen, daß der im August 1919 von der bayerischen Regierung gestellte Antrag zur Unterjochung der Notwendigkeit einer Fortführung der Kriegsgesellschaften trotz allem Drängen bis heute noch nicht erledigt ist. Solange diese Wirtschaft in Berlin andauere, werde die schwere Unzufriedenheit im Reich nicht verschwinden. Die Berliner Kriegswirtschaftszustände hätten am deutschen Zusammenbruch einen nicht unbedeutenden Anteil. Die bayerische Regierung müsse die Verantwortung für die Fortdauer dieser Zustände ablehnen. Sie habe alles mögliche getan, um sie abzustellen.

#### Heim gegen Hirsch. — Wem verdanken wir die Brotpreiserhöhung?

□ München, 15. Mai. (Priv.-Tel.) Der bayerische Bauernführer Dr. Heim tritt im „Bayrischen Kurier“ der Behauptung von gewissen Leuten entgegen, die Brotpreiserhöhung sei eine Folge der Frühdruschprämie und diese habe er (Dr. Heim) verschuldet. Dr. Heim bezeichnet dies als eine Lüge und macht dann u. a. bemerkenswerte Feststellungen: „Die Brotpreiserhöhung, die jetzt beklagt wird, hat mit der Frühdruschprämie nicht das geringste zu tun, sondern mit der Racheprämie. Mit dieser habe auch ich nicht das geringste zu tun, im Gegenteil, ich habe am 6. Dezember 1919 in der Nationalversammlung vor diesem Prämiensystem ausdrücklich gewarnt. Ich habe mich ausdrücklich gegen dieses Prämiensystem ausgesprochen. Später wurden die bäuerlichen Organisationen und die landwirtschaftlichen Genossenschaften vom bayerischen Landwirtschaftsministerium aus eingeladen, in einer Sitzung zu diesem Prämiensystem Stellung zu nehmen. Bei dieser Sitzung haben die Vertreter der bayerischen Landwirtschaft in vollständiger Uebereinstimmung dieses Prämiensystem verworfen. Ich habe es als den größten Unfug, den je ein Menschenhirn erdacht hat, bezeichnet. Dieser meinen Auffassung haben sich alle Vertreter der Landwirtschaft angeschlossen. Soweit mir bekannt ist, hat auch die bayerische Staatsregierung diese einmütige Auffassung der bayerischen Landwirtschaft nach Berlin berichtet, aber vergeblich! Wer sind nun die Väter dieser Prämiensystem? Dieser Prämiensystem hat zum Urheber den sozialistischen Unterstaatssekretär Hirsch im Reichsernährungsministerium zu Berlin und wurde von dem sozialdemokratischen Ernährungsminister Robert Schmidt gutgeheißen, dem volkswirtschaftlichen Ausschuß unterbreitet und dann am 1. Februar trotz den Warnungen an die bayerische Landwirtschaft ausgeführt.“

In Zusammenhang damit darf man wohl auch eine Interpellation der Landtagsfraktion der bayerischen Volkspartei ansehen, in der behauptet wird, daß die Reichsregierung sicherem Vernehmen nach eine Verdoppelung der Schlachtwichpreise beabsichtigt, nachdem schon die Brot- und Mehlpreise die gleiche hohe Steigerung erfahren haben. Die bayerische Regierung wird gefragt, ob sie bereit sei, die Gründe für diesen Schritt der Reichsregierung mitzuteilen und welche Stellung die bayerische Regierung selbst zu diesen Preiserhöhungen eingenommen hat.

#### Beseitigung unliebsamer Beamten.

Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat in der Preuß. Landesversammlung folgende Interpellation eingebracht: „Im Anschluß an den Kapp-Putsch hat die Staatsregierung in weitgehendem Umfang Beamte der verschiedensten Verwaltungszweige teils im Disziplinarwege ihres Amtes enthoben, teils zwangsweise beurlaubt, ohne daß begründeter Verdacht einer aktiven Beteiligung an dem Kapp-Putsch bestanden hätte. Dieses Verfahren, das teilweise auch unter Mitwirkung völlig ungesetzlicher Organe stattgefunden hat, legt den Verdacht nahe, daß die Regierung den Kapp-Putsch zum Anschluß genommen hat, entgegen dem klaren Wortlaut und dem Geist der Reichsverfassung unliebsame Beamte in möglichst großem Umfang zu beseitigen. — Wie gedenkt die Staatsregierung dieses Verfahren zu rechtfertigen? Gedenkt sie diejenigen Beamten, denen eine Schuld in dem eingeleiteten Disziplinarverfahren nicht nachgewiesen werden kann, ungesäumt wieder in ihre alten Ämter einzusetzen? Und ist sie endlich bereit, nach den von ihr wiederholt feierlich verkündeten Grundgedanken die hierbei zur Erledigung gelangenen Beamten wieder mit Beamten zu besetzen, die als Vertrauensmänner der Mehrheit der Kreistage zu betrachten sind?“

#### Behinderung der Wahlagitator.

Die Deutschnationale Volkspartei, Landesverband Hamburg richtet an den Reichskanzler Müller folgende Drachnachricht: „Die in der Verfassung gewährtesten freie Meinungsäußerung in Wort und Schrift wird hier durch Regierungskommissar erschwert. Wahlversammlungen

gen und Flugblätter bedürfen seiner Genehmigung. Wir protestieren hiergegen und fordern, daß das freie Wahlrecht ungeschmälert zur Geltung kommt.“

#### Erzberger reditoius.

Ueber den Stuttgarter Parteitag des Zentrums, auf dem Herr Erzberger mit großer Mehrheit in geheimer Abstimmung von neuem zum Reichstagskandidaten aufgestellt worden ist, werden aus Stuttgart noch einige Einzelheiten berichtet. Herr Erzberger wurde bei seinem Erscheinen von der großen Mehrheit der Versammlung mit stürmlichem Beifall begrüßt. Er führte seine Verteidigung sehr geschickt und seine Rede machte dann auch wie gewöhnlich starken Eindruck. Unter anderem erklärte Herr Erzberger seinen Getreuen nämlich: Wenn sich jeder Politiker und Staatsmann einer solchen lückenlosen Untersuchung unterziehen müßte, wie er und es würde dann nicht mehr zulage gefördert, als im Helferich-Prozess über ihn, dann könnte das deutsche Volk „gottfroh“ sein.

Auf einen Vorwurf aus der Mitte der Versammlung, daß Erzberger als Minister im Parlament die Revolution gelobt habe, hielt Rathias stugs eine neue einflüchtige Rede. Darin versicherte er dann u. a., man hätte ihn im November 1918 förmlich zum Friedensunterhändler gedrängt. Auf alle persönlichen und politischen Angriffe werde er mit einem Buch, das demnächst erscheine, ausführlich antworten und aktenmäßige die Richtigkeit seiner Haltung nachweisen. Dann erhielt Herr Erzberger sein Vertrauensvotum.

Unter den württembergischen Zentrumsstandbaten befindet sich übrigens auch der württembergische Justizminister Volz.

#### Eine „unabhängige“ Ortswehr in Leipzig.

Leipzig, 13. Mai. Die Unabhängigen Leipzig fühlen sich ganz als Herren der Lage. Nachdem sie, gestützt auf die während der Kapp-Tage gefasste Entscheidung der Stadtverordneten zur Errichtung der Ortswehr, ihre Parteianghörigen gelammelt haben, beginnen sie jetzt ganz öffentlich mit dieser lediglich aus unabhängigen gebildeten Ortswehrleistungen abzusenden und sie für den ihrer Ansicht nach bald bevorstehenden Kampf schlüsselfertig zu machen. Daß die Ortswehr nach dem damals gefassten Beschluß zur Hälfte aus Bürgern, zur anderen Hälfte aus organisierten Arbeitern gebildet werden sollte, zu denen ja auch noch die Anhänger der Mehrheitssozialdemokratie gehören, stört die U. S. P. D. gar nicht. Sie konnte zwar nicht genug in die Welt posaunen, daß die Zeitfreiwilligen eine Herausforderung für die Arbeiterklasse seien und die „Volkszeitung“ kann sich auch heute noch nicht genug tun, täglich gegen die Zeitfreiwilligen loszugehen, die U. S. P. D. Zeitfreiwilligen aber sind natürlich ganz harmlose Wesen, die keinem Menschen etwas zu Leid tun.

#### Die Konferenz in Spa.

London, 14. Mai. (WB.) Wie Reuter erfährt, ist es ziemlich sicher, daß Lord George und Millerand bei ihren Beratungen in Spa sich auf eine Verschiebung der Konferenz einigen werden, da es nicht zweckmäßig sei, wenn die Konferenz mitten in die deutschen Reichstagswahlen hineinfiel und es auch für alle Beteiligten unvorteilhaft wäre, wenn die deutschen Vertreter auf der Konferenz das Vertrauen des neuen Parlaments hätten.

#### Unter der Fremdherrschaft.

##### Die Räumung des Malinois.

Paris, 14. Mai. (WB.) General Kolliet ließ bekannt geben, daß gemäß der begonnenen Kontrollarbeiten vorauszuheben ist, daß die deutschen Truppenbestände in der neutralen Zone als mit den am 8. August 1919 festgelegten Zahlen übereinstimmend anerkannt werden müßten. Dagegen erstuchte Marschall Foch den General Degoutte, einen Offizier seines Stabes nach Kassel zu kommandieren, um mit der deutschen Regierung über die Einzelheiten der Räumung der seit dem 10. April neu besetzten Zone seitens der französischen Truppen zu unterhandeln. Die Räumung wird durchgeführt werden, sobald die Ergebnisse der Kontrollarbeiten offiziell bekannt sind.

##### Franzosenherrschaft in Mainz.

Mainz, 14. Mai. (WB.) Havas berichtet, daß gestern hier in Anwesenheit des Oberkommandierenden der französischen Rheinarmee, General Degoutte, einer großen Anzahl von Professoren der Straßburger Universität und des Mainzer Französischen Gymnasiums, sowie mehrerer Generale und Stabsoffiziere, sowie des Abg. Fribourg die Einweihung der militärischen Mainzer juristischen Fakultät und der Rheinischen Handelsschule durch den Oberkommissar der Rheinlande, Lirard, stattgefunden hat. Letzterer legte den Zweck der Gründung dar, die einen Teil des von ihm und General Degoutte verfolgten Gesamtprogramms für die Entwicklung des technischen Unterrichts bei den Besatzungstruppen bilde. Offiziere und Soldaten der Rheinarmee hätten auf diese Weise Gelegenheit, zum Teil mit Unterstützung deutscher Organisationen, sich in dem Rechtsstudium, der Technik, des Handels, des Ackerbaues und besonders des Weinbaues, der in den Rheinlanden sehr entwickelt sei, während der Dauer ihres Wachtdienstes am Rhein weiter auszubilden. Die Minister des Unterrichts, des Handels und des Ackerbaues unterstützten das Werk, indem sie dem Oberkommissar Vorkräfte zur Verfügung stellten.

##### Die Polengefahr in Oberschlesien.

Berlin, 14. Mai. (WB.) In Oberschlesien scheinen die Polen die Zeit für gekommen zu erachten, um offensiv nicht nur gegen die Deutschen, sondern auch, wenn es nicht anders geht gegen die Entente vorzugehen. Nemech auch der polnisch sprechende Teil der ober-schlesischen Arbeiterschaft zu der Erkenntnis kommt, daß es um ihre Zukunft bei den Polen jedenfalls schlechter gestellt sein dürfte als bei Deutschland, um so mehr scheint in Warschau der Wille zu erstarken, Oberschlesien mit Gewalt an sich zu reißen, wenn es auf dem Wege der Abstimmung nicht gelingen sollte.

Aus diesem Grunde sind in den letzten Monaten die polnischen militärischen Geheimorganisationen in Oberschlesien eifrig gefördert und an der ober-schlesischen Grenze auffallend viel reguläre polnische Truppen verteilt worden. Auch die Entente-Kommission in Oppeln scheint die ober-schlesische drohende Gefahr zu erkennen und sich der Ansicht nicht länger verschließen zu können, daß durch das terroristische Vorgehen der Polen unter Führung Warschaws die ober-schlesischen Bestimmungen des Friedensvertrages ernstlich gefährdet werden. Es liegt nicht im Interesse Deutschlands, die Stellung der Entente-Kommission, die für die Ausführung des Friedensvertrages verantwortlich ist noch mehr zu erschüttern. Unser Bestreben muß darauf gerichtet sein, die Volksabstimmung in Oberschlesien sicherzustellen.

#### Protest gegen die Internationalisierung der zweiten Zone.

Berlin, 14. Mai. (WB.) Gegen die Internationalisierung der 2. Zone protestierten in Südschleswig 31 866 Personen durch ihre Unterschrift unter folgende Erklärung: Der Schleswig-Holstein-Bund und die Unterzeichner protestieren gegen die Bestrebungen, die 2. und 3. Zone zu internationalisieren und zu einem Freistaat zu machen. Nach dem Friedensvertrag ist durch die Abstimmung am 14. 3. das Schicksal entschieden worden. Jede andere Regelung lehnen wir Schleswig-Holsteiner als Rechtbruch und Vergewaltigung ab. Die Unterzeichner erklären, daß sie bei Deutschland bleiben wollen.

#### Erster Aufruhr in Moskau.

□ Berlin, 15. Mai. (Von unserem Berliner Büro.) Nach einer Kopenhagener Meldung aus Moskau ist dort ein erster Aufruhr ausgebrochen. An verschiedenen Stellen fanden Brandstiftungen statt. Militärische Vorräte wurden zerstört. Die Tatsache, daß seit Montag nachmittag von Moskau keine Funktelegramme in Paris mehr ausgegangen wurden, wird lebhaft besprochen.

#### Finnlands Teilnahme an der Offensive gegen die Bolschewisten.

□ Berlin, 15. Mai. (Von unserem Berliner Büro.) Wie Daily Express erfährt, soll Finnland beschloffen haben, sich an der Offensive gegen die Bolschewisten zu beteiligen.

#### Maxim Gorki rußlandwärts.

□ Berlin, 15. Mai. (Von unserem Berliner Büro.) Nach tschechischen Blättermeldungen wird Maxim Gorki in der nächsten Zeit mit dem russischen roten Kreuz nach Prag kommen, angeblich um die tschechischen Verhältnisse näher kennenzulernen, in Wahrheit wohl nur um der bolschewistischen Hölle zu entkommen.

#### Die Bewegung in Irland.

London, 14. Mai. (WB.) Aus Irland laufen weitere Nachrichten ein über Attentate der Sinnfeiner. In Dublin wurde ein Polizeikraftwagen aus einer Garage gestohlen, ebenso Autos, die Vorräte für die Polizei zu transportieren hatten. In der Grafschaft Limerick wurde ein Gendarmereiwachgebäude zerstört, ein Gerichtsgebäude und verschiedene Postämter in Brand gesetzt. Die irische Polizei wurde bedeutend verstärkt; auch sind zahlreiche Rekruten aus England nach Irland abgegangen.

#### Die Erhebung Mustafa Kemal Pascha.

Konstantinopel, 14. Mai. (WB.) Die Polizei entdeckte eine Geheimverbindung, die schon in allen Teilen der Stadt Netzstellen errichtet hatte. Die Verbindung betreibt nationale politische Propaganda und verbreitet unerlaubte Flugblätter über die Beziehungen der Rebellen Anatoliens und den Konstantinopeler Behörden. 40 Verhaftungen sind vorgenommen worden, darunter Militärpersonen, Beamte, Kaufleute, Geistliche und Professoren. Die Untersuchung dauert fort.

#### Die Ministerkrise in Italien.

Rom, 14. Mai. (WB.) Scialoja ist hier angekommen. Der König empfing die vier Kammerpräsidenten. Caspari wird sich nicht weigern, an einem Konzentrationsministerium teilzunehmen. Nach dem Corriere d'Italia soll Giolitti darüber beraten haben, ein Konzentrationskabinett zu bilden, in das willensstarke Männer eintreten sollen, die bereit sind, sich für das Wohl des Landes zu opfern. Meda gab die gleiche Erklärung ab.

#### Der Völkerverbund.

Paris, 15. Mai. (Priv.-Tel.) Nach einer Meldung des Temps sahen die Anhänger Asquiths eine Entscheidung im Unterhause, in welcher die Verzögerung der endgültigen Bildung des Völkerverbundes bedauert wird. Ferner wird verlangt, die britische Delegation solle dafür eintreten, daß eine Einladung an Deutschland, Rußland und alle anderen großen Staaten erlassen werde, sich dem Völkerverbund anzuschließen. Weiter werden der britischen Regierung verschiedene Verträge gegen den Geist des Völkerverbundes vorgeworfen. Vor allem Waffenlieferung an neutrale Staaten, Sonderverhandlungen mit Persien unter Zulassung der unter britischem Mandat stehenden Länder zu einer Schutzgemeinschaft. Schließlich wird die Unterstellung der Frage des Ruhrgebiets und der Kohle unter ein Schiedsgericht und die baldige Auflösung des Obersten Rates verlangt. Man nimmt an, daß die Unionisten-Gruppe Lord Churchill dieser Entscheidung anschließen wird.

#### Eine vorläufige Regierung in Mexiko.

Amsterdam, 14. Mai. (WB.) Laut Timesmeldung aus Mexiko ist eine vorläufige Regierung gebildet worden mit De La Hureva aus dem Staat Sonora als vorläufigen Präsidenten, General Casas als Kriegsminister und Juan Sanchez Alfo als Minister des Äußeren.

Der Ausstand der Bankbeamten.

Die Verhandlungen gescheitert. Berlin, 15. Mai. (W.B.) Die Einigungsverhandlungen in der Bankbeamtenbewegung sind, wie die Morgenblätter melden, endgültig als gescheitert anzusehen. Infolgedessen ist es bereits in einer ganzen Anzahl von Städten im Reich zum Ausstand gekommen. Über 50 000 Bankangestellte haben sich schon im Streit befinden. Nach den bisherigen Vorgängen besteht kein Zweifel darüber, daß auch die Berliner Bankangestellten in den Streit einbezogen werden. Heute vormittag wird eine gemeinsame Sitzung der Vorstände des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten und des Deutschen Bankbeamtenvereins stattfinden. Nachmittags wird sodann die Berliner Bankbeamtenchaft zu dem Streit in einer Versammlung entscheidend Stellung nehmen.

Unternehmer und Betriebsrätegesetz.

Man schreibt uns aus Böhrrach: Am 12. Mai sprach in Böhrrach Minister Dietrich aus Karlsruhe in einer Wahlversammlung, die von der deutschen demokratischen Partei einberufen worden war. Bezeichnend ist nun ein Vorfall, der sich in dieser Versammlung ereignete. Von dem ersten Diskussionsredner war bemängelt worden, daß der § 72 des Betriebsrätegesetzes, wobei die drückendste Fessel für den Unternehmer, diesen zwar zur Vorlegung einer Betriebsbilanz verpflichtet, diese Bestimmung habe aber keinen praktischen Wert für den Arbeiter, da gleichzeitig den Mitgliedern des Betriebsrates ein Schweigegebot auferlegt sei und sie ihre auf diese Weise erworbenen Kenntnisse nun in der Öffentlichkeit nicht verwenden könnten. Dies sei un-demokratisch, er fordere den Minister auf, daß die deutschdemokratische Partei sich für Aufhebung dieser Bestimmung einsetze, da ja auch die demokratische Partei den Generalstreik und die Begleichung desselben befürwortet habe. Im Anschluß hieran wurde aus der Mitte der Versammlung an den Wahlkandidaten folgende Anfrage gerichtet:

Da der deutschdemokratische Partei nicht nur eine große Zahl von Arbeitgebern sondern auch von Angestellten und Arbeitern angehören, wird um Auskunft gebittet, welche Stellung die deutschdemokratische Partei im neuen Reichsgesetz über den Betriebsrätegesetz gegenüber, die entweder einer Verschlechterung zu Ungunsten der Arbeiter bzw. eine Verbesserung zu Gunsten der Arbeitnehmer mit sich bringen, einschließen wird. Die Antwort des Herrn Ministers im Schlußwort an den Fragesteller, der Syndikus eines der größten badiischen Arbeitgeberverbände ist, war folgende: Wie ihm mitgeteilt worden sei, wäre der Fragesteller Mitglied der deutschnationalen Volkspartei, außerdem Angestellter (!), was seine Partei eine Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes nenne, sei vieldeutig für die Angestellten eine Verbesserung; im übrigen fiele es ihm garnicht ein, auf solche Anpassungen einzugehen und er erhebe Protest dagegen, daß man ihm hier ein Bein stellen wolle.

Keine Antwort ist auch eine Antwort, besonders wenn man bedenkt, daß die Partei des Ministers Dietrich mit daran Schuld trägt, daß das Betriebsrätegesetz zur Annahme gelangen konnte, denn 20 Abgeordnete der genannten Partei stimmten für das Gesetz und 45 wählten den besseren Teil der Tapferkeit, sie blieben der Abstimmung fern. Es wird sich nun empfehlen, daß in jeder Versammlung der deutschdemokratischen Partei dem Wahlkandidaten die Frage vorgelegt wird: Wie stellst Du und Deine Partei sich zum Betriebsrätegesetz und zu Änderungen zu Gunsten der Arbeiterschaft? Erfolgt keine klipp und klare Antwort, sondern eine Ausrede, dann wird es hoffentlich demjenigen Teil der Unternehmerschaft, der bisher aus alter Gewohnheit demokratisch gestimmt hatte, klar werden, von wem am besten für ihre Interessen eingetreten wird, nämlich von der Deutschen liberalen und der deutschnationalen Volkspartei, die i. Bz. geschlossen gegen diese Fessel gestimmt haben.

Die Not der Kleinrentner.

Zu denjenigen, die durch die fortwährenden Preissteigerungen am härtesten getroffen werden, gehören die kleinen Rentner und Rentnempfänger. Es handelt sich hier meistens um Menschen, die sich durch Fleiß und Sparsamkeit ein bescheidenes Vermögen erworben haben, von dessen Zinsen sie bei dürftigen Ansprüchen früher leben konnten. Heute bilden diese Zinsen ein Almosen, das die Ruinierten nicht einmal vor dem Verhungern bewahrt, sie vielmehr zwingt, das Kapital selbst anzugreifen und aufzuzehren, und zwar in immer größerem Umfang, je mehr die Preissteigerungen fortschreiten. Die deutliche Folge ist also hier die Entkapitalisierung der kleinen Vermögen, dessen Tempo durch die 10prozentige Kapitalrentensteuer beschleunigt wird. Die Tragödien, die sich unter diesen Umständen abspielen, kommen nicht zur Kenntnis der Öffentlichkeit, weil sie nicht als organisierte Masse auftreten können und nicht, wie die sozialdemokratischen Gewerkschaften, durch Drohung mit Streik in lebenswichtigen Betrieben sich Beachtung erzwingen können. Die kleinen Rentner und Rentnempfänger, auch jenseit schon in hohem Alter, das es ihnen unmöglich macht, sich eine neue Existenz zu schaffen.

Aus all diesen Gründen hatte der deutschnationale Abgeordnete Schiele zugleich im Namen seiner Fraktion noch vor Schluß der Nationalversammlung folgende Entschließung eingebracht:

„Die Nationalversammlung wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß allen denen, die infolge der sprunghaft steigenden Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände sich durch eigene Arbeitserlöse ein Existenzminimum nicht sichern können, insbesondere den kleinen erwerbsunfähigen und erwerbsunfähigen Rentnern und Rentnempfängern, die zur Erhaltung ihrer wirtschaftlichen Lage notwendigen finanziellen Beihilfen gewährt werden.“

Man hätte annehmen sollen, daß auch die anderen Parteien für diesen Antrag Verständnis gehabt hätten. Daß das nicht der Fall war, ergab sich bei der Abstimmung, bei welcher der Antrag gegen die Stimmen der Antragsteller und der anwesenden Mitglieder der Deutschen Volkspartei abgelehnt wurde.

Danach bleibt den Kleinrentnern nichts weiter übrig, als bei den Wahlen am 6. Juni auf diesem Vorgang die Folgerungen zu ziehen, und ihre Stimme den Parteien zu geben, die auch für die Not der Kleinrentner ein Herz haben.

Die Wahlvorbereitungen.

Deutschliberale Volkspartei.

Eberbad, 14. Mai. Zum erstmalig seit der Gründung ist die Deutsche liberale Volkspartei öffentlich hier in Eberbad aufgetreten und hat sich durch den Vorsitzenden der badiischen Landespartei, Herrn Dr. Julius C. u. r. t. u. s. H. e. l. d. e. r. g., gleich auf eingeführt. Zahlreich waren zu dieser Versammlung die Wähler und Wählerinnen aller politischen Schattierungen erschienen, was bezeugt, daß auch für diesen Wahlkampf ein großes Interesse besteht. Die Ver-

sammlung wurde von Herrn Karl Weller geleitet. Die Ausführungen des Referenten wurden vielfach durch Zwischenrufe und Störungen unterbrochen; die ersten, soweit sie vom Redner zu hören waren, wurden von diesem schlagfertig beantwortet oder widerlegt. Die Störungen gewisser Selten waren — so hatte man den Eindruck — nicht zum Nachteil der Deutschen liberalen Volkspartei, sondern derjenigen, von denen die Redaktionen ausgingen. Der Redner rechnete gründlich mit den Demokraten und den Sozialdemokraten ab. Er wies vor allem den ersten nach, daß sie sich von den Sozialdemokraten ins Schlepptau nehmen ließen. In der Diskussion ergriff von Seiten der Demokraten Oberbauinspektor Blum das Wort. Er begründete es, wenn eine Reinigung in der deutschdemokratischen Partei stattfinden. Diejenigen Leute, welche die demokratische Anschauung nicht aufnehmen könnten, sollen sich dahin begeben, wo sie hingehören. Dieser freundlichen Aufforderung werden auch hier sehr zahlreiche Männer und Frauen Folge leisten, die je länger je mehr für die demokratische Politik kein Verständnis aufzubringen vermögen.

Deutsch-nationale Volkspartei.

Am 13. Mai, nachmittags sprach der deutschnationale Bundtagsabgeordnete Hertke in einer öffentlichen Wahlversammlung in Badenburg über die politischen Fragen im Wahlkampf. Bei der treffenden Beleuchtung, wie die Versprechungen der Regierungen auf Freiheit, Friede, Brot heute in Wirklichkeit aussehen, brachte er ein die Wirtschaftswirtschaft geradezu vernichtendes Wort über die Verberberung der Wirtschaft. Die Reichsleiterhandels-gesellschaft habe auf Grund eines Gesetzes zur Verbilligung des Schmelzwerkes der Runderkammer 3 782 850 R. Rabatten an das Reich leisten müssen und trotzdem in den Jahren 17—19 durchschnittlich 200 Proz. Dividende ausgeschüttet. Ähnlich sei es in den meisten Kriegs- und Konjunktionsgesellschaften. Im weiteren Verlauf seines Vortrages ging Herr Hertke auf die Stellung der deutschnationalen Volkspartei zu den anderen Parteien ein und widerlegte das ganze hohle Schlagmaterial der Reichsleiterhandels-gesellschaft, ostpreussische Unterpartei, alte Konfessionspartei usw. Zum Schluß forderte er die Kräfte der ersten Arbeiterpartei für die nationale Sache auf. Der Vorsitzende der Ortsgruppe, Herr Hand-wirt K. e. m. e. l. i. u. s., forderte die im Saal anwesenden Arbeiter mehrfach zur Unterstützung auf, die Ausführungen fanden jedoch keinen Widerpruch. Daraufhin ergriff der Parteileiter der Mannheimer Ortsgruppe, Hauptmann a. D. A. v. o. n. b. a. r. d., das Schlußwort. In längeren Ausführungen wies er darauf hin, daß die Wahlen vielleicht die letzte Gelegenheit seien, das Vaterland vor Elend, Not und Schande und Selbstverleugung zu retten, denn wir ständen vor dem Entscheidungskampf zwischen der aufstrebenden nationalsozialistischen Weltanschauung und der alle Kultur vernichtenden sozialistischen Weltanschauung, wie sie Marx in dem deutschen Wesen fremde Formen gezeugt habe. Redner mahnte zur Einigkeit der nationalen Front gegen internationale Strömungen. „Deutschland den Deutschen und zurück zu Bismarck“ war der Eindruck, den die Versammlung bei den Zuhörern hinterließ.

Am gleichen Tage, abends sprach Herr Hertke mit dem selben Erfolg in Seckenheim.

In der weiteren Aussprache hatte Herr Hertke noch Gelegenheit, auf die Stellung seiner Partei zum Zentrum hinzuweisen und die heftigen Angriffe von dem links gerichteten Teil des Zentrums gegen die Deutschnationalen mit der Brandmarke G. r. e. y. b. e. r. g. durch den deutschnationalen Helfer zu erklären, was Herr Albert Treiber ebenfalls unterstrich. Der 1. Vorsitzende der Ortsgruppe, Herr Hermann B. h. i. e. r., schloß mit einem Dank an Herrn Hertke und die anderen Redner und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Wahlen uns wieder beglücken möchten.

Aus der Kandidatenliste der Deutschnationalen.

Berlin, 15. Mai. (Von unv. Berl. Büro.) Die Deutschnationalen stellen im Wahlkreis Städte-Badene-Baden an die Spitze ihrer Liste den Leiter der „Deutschen Tageszeitung“ Paul B. ä. c. k. e. r. Graf P. o. s. a. d. o. w. s. k. i. der anfangs nicht kandidieren wollte, wird an benutzter Stelle auf die Reichsliste der Deutschnationalen gestellt werden.

Die Reichstagskandidatenliste der bad. Zentrumspartei.

Karlsruhe, 15. Mai. Die von der Anfang dieser Woche tagenden Delegiertenversammlung der bad. Zentrumspartei aufgestellte Liste beginnt mit folgenden Namen: Reichsminister und Stadtrat E. h. r. e. n. d. a. c. h. F. r. e. i. b. u. r. g. Landwirt Karl Dieb-H. o. l. l. e. r. Reichsminister Dr. W. i. l. h. F. r. e. i. b. u. r. g. Gemeindefachleiter Dr. F. r. i. n. g. K. a. r. l. e. Bürgermeister u. Landwirt D. a. m. W. a. g. e. n. s. e. n. d. e. r. C. h. e. r. Handwerkerkammerpräsident Stadtrat M. a. r. c. h. e. i. t. z. F. i. n. m. a. n. n. D. r. u. s. h. e. l. P. r. o. u. M. a. r. a. P. h. i. l. i. p. P. o. r. t. s. e. i. m. F. o. l. d. e. r. F. r. e. i. b. u. r. g. O. p. a. n. C. h. e. D. e. l. l. i. n. g. e. n. bei S. o. d. i. n. g. e. n. Bürgermeister und Landwirt F. a. c. k. e. W. e. i. b. a. c. h. Postmeister G. R. e. h. m. J. u. r. t. a. n. g. e. n.

Deutsches Reich.

Tagung des Gesamtverbandes des Evangelischen Bundes.

D. E. K. In Potsdam im Gemeindefaal der Friedenskirche im Park von Sanssouci trat am 5. Mai der Gesamtverband des Evangelischen Bundes zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen zu seiner diesjährigen Tagung zusammen. Trotz der schwierigen Verkehrsverhältnisse waren Vertreter aus fast allen 41 Hauptvereinen des Bundes aus allen Teilen des Reiches erschienen, erfreulicherweise auch aus den besetzten Gebieten und der Ostmark. Die Beratungen, die unter Vorsitz von Geh. Rat D. S. c. h. o. l. z. Berlin und des geschäftsführenden Vorsitzenden U. D. i. t. t. C. o. e. r. l. i. n. g. N. i. k. o. l. a. s. e. stattfanden, ergaben sowohl im Gesamtverband als in der vorhergehenden Sitzung des Zentralvorstandes am 4. Mai solches Einvernehmen zwischen der Zentralverwaltung und den Vertretern der Hauptvereine. In der Hand des gedruckt vorliegenden Jahresberichts eröffnete D. C. o. e. r. l. i. n. g. die Tagung und die dem deutschen Protestantismus auf den verschiedensten Arbeitsfeldern obliegenden Aufgaben, die sich aus seiner schwierigen Lage inmitten eines bisher unerhörten Inkurses religiöser, kirchlicher und kulturfeindlicher Mächte ergeben. Die lebhafteste Aussprache führte auf wichtige programmatische Fragen und zeigte die großen Hemmnisse der praktischen Arbeit durch die allgemeine Notlage. Es ermahnte sich aber auch, daß die Bundesführung eine erhöhte Geltung des Protestantismus auch in unserem öffentlichen Leben von einer neuen Zukunft erwartete. Ein Aufruf an die Mitglieder für die Reichstagswahlen wurde beschlossen. Nach eindrucksvollen Berichten der Vertreter der Hauptvereine in den besetzten Gebieten wurde einstimmig Protest und Appell an das Gewissen des christlich und menschlich fühlenden Auslandes wegen der Schwarzenkreuz in besetzten Rheinland, Pfalz und Saargau beschlossen. Einmütig bekräftigte der Gesamtverband nach einem sachkundigen Bericht über die Lage der evangelischen Kirche in den abgetrennten Gebieten das Recht auf Selbstbestimmung und die Unzerstörbarkeit des Glaubens- und Kirchenbundes mit den schon sehr befeuert unter politischer Verfolgung lebenden Glaubensbrüdern. Nach wichtigen Beschlüssen auf innerlichem Gebiet und vorgeschlagenen Wahlen zum Zentralvorstand schloß D. C. o. e. r. l. i. n. g. die ergebnisreiche Tagung.

Das Kommunalverfassungsgesetz.

Den Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes auf Kommunalverfassung von Wirtschaftsbetrieben zugegangen, der die Gemeinden, ermächtigt, aus Gründen des öffentlichen Wohls privatwirtschaftliche gewerbemäßige Unternehmungen, die vorwiegend Zweck des Gemeinwohlens dienen, mit Zustimmung der Reichsregierung gegen angemessene Entschädigung aus der Privatwirtschaft in die Gemeinwirtschaft überzuführen (Kommunalisierung). Bei ihrer Entscheidung hat die Reichsregierung den Reichswirtschaftsrat oder einen von ihm bestellten Ausschuss zu hören, bei einer Reihe von Unternehmungen bedarf es aber nicht dieser Zustimmung, nämlich erstens bei öffentlichen Personenbetrieben mit Ausnahme des Kraftwagen- und Flugverkehrs, weiters bei Betrieben des Gemein-

weises mit Leitungswasser, Gas, Bestattungswesen, Anstaltswesen, Wäschung, Abdeckerel, Vermehrung der gesamten Abfallstoffe, öffentliche gewerbemäßige Betriebe, für Theater, Lustspiel und Schauspiellagen, öffentliche Badeanstalten. Von der Ermächtigung im Sinne vorgenannter Bestimmungen dürfen die Gemeinden aber nur Gebrauch machen, wenn die Ueberführung in die Gemeinwirtschaft wirtschaftliche oder soziale Vorteile für die Angehörigen der Gemeinde voraussichtlich zur Folge haben wird. Die Unternehmungen können in das Eigentum der Gemeinde übergeführt oder zu Zwangsverbänden zusammengeschlossen werden. Es kann zum Zweck des ausschließlichen Betriebs eines Wirtschaftszweiges durch die Gemeinde die Errichtung und Fortführung von gleichartigen privatwirtschaftlichen Unternehmungen untersagt werden. Die Bestimmungen des Gesetzes sollen auch für Vereinigungen von Gemeinden, Kommunalverbänden usw. gelten. Grundsätzlich soll nur gegen Entschädigung kommunalisiert werden, nicht vorgehen ist eine Entschädigung dann, wenn eine Unternehmung zu Zwangsverbänden zusammengeschlossen und Vorschriften für ihren Betrieb erlassen werden, weil hier ein direkter Schaden des Unternehmens kaum vorhanden sein wird. Ferner ist eine Entschädigungspflicht dann ausgeschlossen, wenn die Gemeinde nach bestehendem Recht bereits zur Unterlegung des Betriebs befugt war. Für die Höhe der Entschädigung sollen vertragliche Bestimmungen, die etwa zwischen den Gemeinden und dem Unternehmen bereits bestehen, maßgebend bleiben. Von den Interessenten gäuherten, darüber hinausgehenden Wünschen konnte nach der Begründung des Entwurfs nicht gesprochen werden. Im übrigen sind die nach Artikel 133 der Verfassung bei Enteignungen angemessenen Entschädigungen zu leisten. Eine andere Formulierung hat sich bei der Bielefeldigkeit der Unternehmungen nicht finden lassen, es wird Sache der Praxis sein, hier feste Richtlinien zu schaffen. Gegen die Festlegung der Entschädigung steht den Beteiligten der ostentative Rechtsweg offen, in dem dann endgültig die Entschädigung festgesetzt wird.

Die neuen Vergaberichtlinien.

TD. Bochum, 14. Mai. Die vier zur Arbeitsgemeinschaft gehörigen Vergaberichtlinien haben bekanntlich den seit geltenden Tarif zum Ende dieses Monats getündigt. Es wird eine Neuregelung der Lohnfrage verlangt. Außerdem sollen neue Festsetzungen hinsichtlich des Mindestlohnes, des Kinderbonus und des Urlaubes der Vergaberichtlinien getroffen werden. Mit Entschiedenheit wird verlangt, daß der Anspuch auf die Tarifverhandlungen nur den Mitgliedern der vertragsschließenden Verbände zusteht.

Der Mord am Grafen Westerköhl.

TD. Hattorf, 14. Mai. Die auf die Ermittlung der Mörder des Grafen von Westerköhl ausgelegte Belohnung ist auf 20 000 M. erhöht worden. Der Tat dringend verdächtig sind zwei Personen, die an dem Karntage, vormittags im Bruch bei Sehlen erbeutet worden sind. Beide tragen Soldatenkleidung, hatten Seitengewehr umgehängt und führten je eine Handarabate am Koppel mit sich. Einer von ihnen trug ein Infanteriegewehr, der andere einen Revolver und am rechten Arm eine rote Wunde.

Baden.

Herr Hummel und die Lehrer.

Weinheim, 14. Mai. In der hier im „Grünen Baum“ unter Vorsitz von Hauptlehrer S. c. h. u. r. i. c. h. abgehaltenen Lehrerkonferenz hatete der als Gast anwesende Schulamtsrat H. u. m. m. e. l. als Redner eine Ansprache ab, in der er bemerkte, es freue ihn, mit den Lehrern direkt zusammenzukommen und er werde auch fernherhin Gelegenheit nehmen, mit den Lehrern des Landes in direkte Fühlung zu treten. Seinen persönlichen Standpunkt zu den Gehalts- und anderen Fragen näher zu präzisieren, müsse er sich allerdings vorerst verweigern, um verbenden Entschuldigungen in der Regierung wie im Landtage nicht vorzutreten und um auch den hohen Schein einer Delegation in jetzigen Augenblicke zu vermeiden. Er dürfe indessen versichern, daß er als Lehrersehen die Not der Lehrer und der Schule sehr wohl kenne und mit seiner ganzen Person für die Wohlfahrt und den Ausbau der Schule sich einzusetzen willens sei.

Letzte Meldungen.

Der Weiterbestand der Einwohnerwehr gesichert?

München, 15. Mai. (Pr.-Tel.) In einer Versammlung teilte der stellvertretende Landeshauptmann der Einwohnerwehr in Bayern, Obergeometer K. a. n. z. l. e. r., mit, daß bestimmte Nachrichten von zukünftiger Stelle vorliegen, daß man sich in Paris mit dem Weiterbestehen der Einwohnerwehr in Bayern abgefunden habe.

Der Verbleib des österreichischen Kriegsmaterials.

Wien, 15. Mai. (W.B.) Gestern Abend erwiderte beim Staatssekretär Dr. D. e. u. t. s. c. h. der Präsident des interalliierten Luftfahrzeugüberwachungs-ausschusses in Oesterreich, Oberst B. a. r. r. e. s., begleitet von seinem Stabschef und den militärischen Vertretern Englands, Italiens und Japans und überreichte eine Note, worin es heißt: Die Gesamtkonferenz beschloß: 1. die österreichische Regierung einzuladen, von jetzt an die in Oesterreich bestehenden Kriegsmaterialdepots unter den Ueberwachungs-ausschuss zu stellen; 2. das Kriegsmaterial des Forts Kagenfurt unter den gleichen Bedingungen unter die Ueberwachung des gleichen Depots zu stellen; 3. der Präsident des interalliierten Luftfahrzeugüberwachungs-ausschusses in Oesterreich erucht, eine Untersuchung einzuleiten und Bericht zu erstatten bezüglich der Verkäufe in Oesterreich und der Ausfuhr von Flugmaterial in Oesterreich, durch das Syndikat Weston-Siden ohne andere Personen und Organisationen. Staatssekretär Dr. D. e. u. t. s. c. h. erwiderte, daß er die Note wegen ihrer großen Wichtigkeit der Gesamtregierung zur Verantwortung unterbreiten möchte.

Litauen und die Politik der Entente.

Konow, 14. Mai. (W.B.) Lit. Pr.-Bür. Der litauische Außenminister Prof. W. o. d. e. m. a. r. c. o. s. äußerte sich nach seiner Rückkehr aus London und Paris über die Lage Litauens in der Politik der Entente: England sei bereit, die litauische Unabhängigkeit juristisch anzuerkennen und stehe in der Frage der von den Polen besetzten Gebiete Litauens auf dem litauischen Standpunkte. Immerhin würden noch einige Monate vergehen, bis die Frage von Wilna endgültig gelöst würde. Bezügl. des Memelgebietes bestreite in England kein Zweifel darüber, daß es in absehbarer Zeit an Litauen angeschlossen werden würde. Zuerst handle es sich darum, die technischen Voraussetzungen für die Angleidung zu treffen. Frankreich nehme in letzter Zeit Litauen gegenüber eine verständlichere Haltung ein. Es sehe die Unabhängigkeit Litauens als notwendige Tatsache an und werde demnächst seine Militärmission durch eine diplomatische Vertretung abgeben.

Der Ausstand der dänischen Hafnarbeiter.

Kopenhagen, 15. Mai. (Priv.-Tel.) Der Ausstand der Hafnarbeiter hält unverändert an, er dauert schon über einen Monat, ohne daß heute ein Abschluß voraussehen ist. Die Zahl der Schiffe im Hafen wächst jeden Tag mehr an. Der Freihafen ist durch starke Polizeiaufgebote abgesperrt, da die streikenden Arbeiter der Deutschen Rothiffe feindlich gegenüberstehen.

Freihof Hansen kauft des deutsch-russischen Gefangenenauslasten.

Berlin, 15. Mai. (Von unv. Berl. Büro.) Heute trifft Freihof Hansen in Berlin ein, um die Auswechslung der deutschen und russischen Kriegsgefangenen in die Wege zu setzen.

# Aus Stadt und Land.

## Der Elternbeirat.

Um die Beziehungen zwischen dem Elternhaus und der höheren Schule mehr wie bisher zu vertiefen, und um den Eltern die Möglichkeit zu geben, an der erzieherischen Arbeit der von ihnen Kindern besuchten höheren Schule mitzuwirken und an deren Gelingen tätigen Anteil zu nehmen, wird für jede Schule ein Elternbeirat bestellt. Dabei bleibt es den einzelnen Anstalten überlassen, im Benehmen mit den Eltern und den bestellenden Beträgen — bei Realanstalten und höheren Mädchenschulen überdies nach vorheriger Verständigung mit den Gemeindeführern — zu bestimmen, ob zu diesem Zwecke die bestehenden Beiräte durch Antritt freigestellter Elternvertreter verstärkt werden sollen oder ob unter Fortbestand der Beiräte in ihrer jetzigen Verfassung daneben selbständige Elternvertretungen zu bestellen sind. Kommt im einzelnen Fall eine Einigung nicht zustande, so ist Entscheidung des Ministeriums einzuholen. Wird für die Form der Elternvertretung die des „verstärkten Beirats“ gewählt, so ist nach einer amtlichen Mitteilung der „Korier. An.“ folgendes zu beachten:

Die Zahl der zu dem Beirat hinzutretenden Elternvertreter hat zu betragen: an der 6- und 7-jährigen höheren Schulen 6, an den neun- und zehnjährigen Schulen 9 und an den Schulen mit 12 und mehr Klassenabteilungen 12. Die Seminarerwerbe der höheren Mädchenschulen kommen dabei nicht in Betracht. Bei 12 Elternvertretern steht den Lehrern das Recht zu, einen weiteren Vertreter in den verstärkten Beirat zu wählen. Unter den Elternvertretern sollen an den Knabenanstalten bis zu 1/3, an den höheren Mädchenschulen mindestens die Hälfte Frauen sein. Die Elternvertreter sind in einer vom Anstaltsleiter zu berufenden Elternversammlung zu bestimmen. Dabei sind gleichzeitig jeweils halb so viel Ersatzleute als ordentliche Mitglieder zu ernennen. Die Vereinbarung mit den Eltern bleibt es überlassen, in welcher Form die Wahl vorzunehmen ist. Etwaige Einreden gegen die Wahl entscheidet das Unterrichtsministerium. Das Ergebnis der Wahl ist von dem Anstaltsleiter dem Beiratsvorsitzenden mitzuteilen. Elternvertreter, deren Kinder aus der Anstalt ausgeschieden, haben ihr Amt sobald niedrigerzulegen; an ihre Stelle hat einer der gewählten Ersatzleute zu treten. Die Sitzungen des „verstärkten Beirats“ wie des bisherigen Beirats finden nach Bedarf, lebensfalls aber einmal in jedem Halbjahr statt, oder wenn 1/3 der Mitglieder oder der Anstaltsleiter eine Sitzung beantragt; sie werden vom Vorsitzenden einberufen. Wird ein „selbständiger Elternbeirat“ neben dem bisherigen Beirat errichtet, so gelten für letzteren im allgemeinen nachfolgende Bestimmungen:

Der „Selbständige Elternbeirat“ soll so viel Mitglieder zählen, als die Anstalt Klassen (einzeln oder zusammen) hat. Bei Knabenanstalten ist die Beteiligung von Vätern im Elternbeirat erwünscht; bei höheren Mädchenschulen soll die Zahl der Mütter mindestens die Hälfte betragen. Für die Wahl der Elternbeiratsmitglieder und der Ersatzleute sowie ihren Austritt aus dem Beirat gelten dieselben Bestimmungen wie für den verstärkten Beirat. Sobald das Ergebnis der Wahl feststeht und etwaige Einreden ihre Erledigung gefunden haben, beruft der Anstaltsleiter den Elternbeirat, der aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und Schriftführer wählt. Von der Konstituierung des Elternbeirats und seiner Zusammensetzung hat der Anstaltsleiter dem Beirat schriftliche Mitteilung zu machen. Der „Selbständige Elternbeirat“ ist ein beratendes Organ. Er hat das Recht, alle Fragen allgemeiner Art, die sich auf die körperliche, geistige und sittliche Ausbildung der Schüler, den Schulbetrieb und die Schulzeit beziehen, zum Gegenstand seiner Beratung zu machen und entsprechende Wünsche und Anregungen an die Anstaltsleitung zu richten. Einzelfragen des Schulbetriebs und der Schulzeit zu behandeln kommt ihm nicht zu. Der Vorsitzende beruft unter Befolgung der Tagesordnung den Elternbeirat nach Bedarf oder wenn 1/3 der Mitglieder oder der Anstaltsleiter eine Sitzung schriftlich beantragt, mindestens aber einmal in jedem Halbjahr in dem von der Anstaltsleitung hierfür zur Verfügung stehenden Raum. Der Vorsitzende kann jederzeit — und wenn die Sitzung auf Antrag des Anstaltsleiters anberaumt ist, muß er — den Anstaltsleiter und die von diesem zu bezeichnenden Vertreter der Lehrerschaft mit beratender Stimme zu den Sitzungen zuziehen. Die Beschlüsse des Elternbeirats sind, sofern sie die Anstalt und ihren Betrieb betreffen, dem Anstaltsleiter zur Kenntnis zu bringen.

Der Anbahnung enger Beziehungen zwischen Schule und Elternhaus dient besonders auch die zeitweilige Veranlassung von Elternabenden, die vom Direktor der Anstalt geleitet werden und denen anzuzuwohnen die Lehrerschaft verpflichtet ist. Bei der Aufstellung der Tagesordnung soll der Anstaltsleiter nach Rücksicht etwaigen aus der Mitte der Elternschaft ihm zugegangenen Wünschen und Anregungen Rechnung tragen. Der Erfolg dieser Elternabende wird um so größer sein, je mehr es die Leitung versteht, durch geschickte Behandlung allgemeiner zeitgemäßer pädagogischer Fragen das Interesse der Elternschaft für die erzieherische Arbeit der Schule zu wecken und sie zu einem lebhaften Gedankenaustausch anzuregen. Dabei erzieht es empfehlenswert, den Kreis der Vortragenden nicht auf die Lehrerschaft der Anstalt zu beschränken, sondern besonders auch Redner und Rednerinnen aus den Elternkreisen heranzuziehen. Auf den Elternabenden werden auch die Vertreter der Elternschaft im „Verstärkten Beirat“ oder im „Selbständigen Elternbeirat“ Gelegenheit haben, über ihre Tätigkeit in diesen Vertretungskörpern Bericht zu erstatten. Um

den Eltern der Schüler die Möglichkeit zu erleichtern, sich jederzeit in persönlicher Ansprache mit den einzelnen Lehrern über die Leistungen und das Verhalten ihrer Söhne und Töchter in der Schule zu verständigen, sollen schließlich zu Anfang jeden Schuljahres auch besondere Sprechstunden der Lehrer im Anstaltsgebäude festgelegt und durch Anschlag am „Schwarzen Brett“ bekannt gegeben werden. Die Lehrer sind in diesem Falle verpflichtet, die einmal festgesetzten Sprechstunden pünktlich einzuhalten.

Die vorstehenden Anordnungen sollen sich als einen Versuch zur Gewinnung der erforderlichen Unterlagen für die endgültige Regelung der Angelegenheit darstellen.

## Neuer Gewerkschaftsfragen

Im vergangenen Abend auf Veranlassung des hiesigen Bezirksvereins des Badischen Beamtenbundes dessen Geschäftsführer, Herr Dr. Böllner, Rede gehalten. Er behandelte drei Formen der Reorganisation der Beamten, die zu erwogen werden. Der Bundesverband habe eine bindende Entscheidung noch nicht getroffen, der Entscheid werde in der Ende Juni stattfindenden Bundestagung fallen. Zunächst sprach der Redner über die sog. „Einheitsorganisation“, die alle Gewerkschaften unter sich schließen soll. Dr. Böllner vertritt in diesem Gedanken die Überzeugung, dass der Stand der Beamten doch viel gelieberter ist, als der der Arbeiter. Eine Gewerkschaft stelle doch eigentlich den Zusammenschluss von Angehörigen ein- und desselben Berufes oder Gewerbes dar. In strenggenommenem Sinne wäre eine derartige Einheitsorganisation, die alle bei dem gleichen Arbeitgeber beschäftigten Personen umfasst, ein sozialistischer Verband. Die andere in Betrachtung gezeichnete Form will Gewerkschaften bilden, in denen dann die Berufsangehörigen der einzelnen Hauptabteilungen und aller Berufsgruppen in diesem Falle gewerkschaftlich zusammengeschlossen würden. Diese Gewerkschaften sollten über das ganze Reich lokal gegliedert sein. Die Organisation des Arbeitgebers soll dann maßgebend sein für die Organisation des Arbeitnehmers. Die örtlichen Verbände sollen in einem Provinzialratelart zusammengeschlossen und diese wieder im Lande und schließlich im Reich zu sammenschließen werden. Der dritte Vorschlag bewegt sich in der Mitte der vorgenannten. Er will Gewerkschaften bilden für die Reichsbeamten im Reich und für die Landesbeamten in dem betr. Lande. Unter der heutigen Heberorganisation der Beamten leide auch die finanzielle Leistungsfähigkeit der Organisation. In Zukunft hätten die Beamten dann nur an eine Stelle ihren Organisationsbeitrag zu zahlen. Von jeder Hauptgruppe sollten Vertrauensleute gewählt und diese zur örtlichen Leitung der Organisation zusammengestellt werden. Aus diesen wäre dann ein örtlicher Obmann zu wählen und die örtlichen Obleute würden gemeinsam die provinziellen Verbände leiten. Mit der Reorganisation soll für die Orts-, Staats- und Reichsbeamten, die einen der größten Berufsstände überhaupt darstellen, ein Instrument geschaffen werden, das dienlich und brauchbar sei zur Besserstellung des Beamtenstandes. Die in der Verfassung festgelegten „woherverordneten Rechte“ (Unkündbarkeit des Arbeitsverhältnisses, Hinterbliebenen- und Pensionsversorgung) sollten nicht preisgegeben werden, im Gegenteil sollte daran festgehalten werden. Das Arbeitsverhältnis, wie es die Beamten haben, sei das beste, es müsse aber auch einen einheitlichen, freibleibenden und brauchbaren Inhalt bekommen. Die Revolution habe den Beamten das uneingeschränkte Reaktionsrecht gebracht. Zwar hätten einzelne Behörden schon zu bremsen versucht, die Beamten ließen sich aber das Streikrecht nicht nehmen. Die Frage der Anwendung dieses Rechtes müsse nach den Erfordernissen des einzelnen Falles und nach den Umständen entschieden werden. Die Hinterbliebenenversorgung solle in die Ziele der Organisation miteinbezogen werden. Die Entwicklungsmöglichkeit in der Beamtenbewegung liege in der Heranführung größerer Berufsstände der einzelnen Gruppen untereinander. Die Sonderinteressen müßten vor den Allgemeininteressen zurücktreten. Der Geist der Solidarität müsse unter den Beamten gepflegt und gefördert werden und das könne nur geschehen durch eine straffere Zusammenfassung der Beamten.

Die lebhafteste Diskussion wurde durch Herrn Dr. Vogt eröffnet. Dr. Böllner sei von einem fundamentalen Standpunkt ausgegangen, indem er meinte, Reaktionen und Streikrecht sei bedenklich. Die Beamten hätten eine zu langfristige Vertragsbindung mit dem Arbeitgeber, als daß sie ohne Rechtsbruch erfolgreich streiken könnten. Durch die Bildung einer Gewerkschaft wäre es um die politisch-neutrale Beamtenchaft wohl geschehen, wenn eine linksorientierte Beamtenorganisation geschaffen würde, dann läme auch ein deutschnationaler und ein sozialistischer Beamtenbund. Einer Umorganisation trete er nicht entgegen, aber sie müsse in einer anderen als der vorgezeichneten Form und unter anderer Flagge vor sich gehen.

Dr. Böllner stellte gleich einige Annahmen des Vorednerd richtig und ergänzte seine Ausführungen dahin, daß die Linie der parteipolitischen Neutralität nicht verlassen werden solle. Gerade dieser Grundgedanke habe zu dem geführt, daß der derzeitige Bundesvorsitzende in Berlin dem Bundestag seine Resignation zur Verfügung gestellt habe. Polizeiwachmeister S. 11 erwähnte, daß 1. H. auch die industriellen Arbeiter daran seien, sich gewerkschaftlich zu organisieren und daß man bei diesen doch ganz gewiß nicht von einem Rad nach links sprechen könne. Er ist Gegner der Einzelmitgliedschaft und neigt mehr der anderen Form der Reorganisation zu. — Justizsekretär J. M. ermann verwarf sich gegen die Umstellung politischer Agitation, die er aus den Ausführungen des Herrn Dr. Vogt gegen diejenigen, die sich für den Gewerkschaftsgebanten unter den Beamten einsetzten, herausgehört

glaubte. Die wirtschaftliche Lage der Beamten und das ideale Ansehen des Beamtenstandes habe ihn den Gedanken durchgearbeitet lassen, eine andere Organisationsform zu finden. Es sei schon in Anbetracht der durch die Finanzlage der Staaten zu erwartenden Schwierigkeiten, unbedingt ein engerer Zusammenschluß notwendig. Solidaritätsgefühl müsse entstehen, die Sonderinteressen der einzelnen Gruppen sollten sich nicht nach außen hin auswirken, sondern innerhalb der Organisation. Das Beamtenamt müsse unbestechlich und unparteiisch sein. — Schulmann Roth dankt sich die kommende Beamtenorganisation im Hinblick auf den Reichsarbeiterverband, der ja auch eine große Anzahl von Hauptgruppen vereinige. Die Arbeiterkraft betrachte die Beamten nicht als Feinde, weil sie bislang eine Rolle für sich gebildet und keine Fühlung mit der Arbeiterkraft gehabt hätten. Vor dem Streik als dem allerletzten Mittel dürften die Beamten schließlich auch nicht zurückweichen. — Herr Fedtenbach ist der Ansicht, daß die Tätigkeit Dr. Böllners bezüglich der Propagierung der Gewerkschaftsidee unter den Beamten nicht die Zustimmung der Bundesleitung fände. Auch aus seinen Worten klingt die Befürchtung einer Linksorientierung und das Aufgeben der politischen Neutralität des Beamtenamtes. — Herr Bausbach bezeichnet Disziplin und Opfergeist als die Grundtugenden einer gewerkschaftlichen Organisation und geht dann ausführlich auf Einzelheiten des Organisationsaufbaues und Finanzierung ein. — Herr G. G. hat sich in einer rein sachlichen Beamtenversammlung, die die Organisation sei nur ein Mittel zum Zweck, der Zweck aber sei, das zu erreichen, was zur Verbesserung der Lage der Beamten nottue.

Damit wurde die Aussprache über die Reorganisation abgeschlossen. Bezüglich des Gehaltsstatutes führte Dr. Böllner aus, daß zu hoffen sei, daß das Reichsbesoldungsgesetz vom badischen Landtag noch vor Pfingsten verabschiedet werde. Auf Antrag des Herrn Justizsekretär Ulrich wurde eine Entscheidung einstimmig angenommen, die eine Abschlagszahlung von 500 Mark für Verbeiratete und 500 Mark für ledige Beamte verlangte. — Nach Pfingstlicher Dauer konnte die von Herrn Prof. A. H. geleitete Versammlung geschlossen werden.

## Kreisausflug Mannheim.

Aus der am 11. Mai abgehaltenen Sitzung ist folgendes erwähnenswert:

Zur Ausarbeitung von Vorschlägen für die Vornahme von Verbesserungen in der Kreisorganisation Weinheim wurde eine Sonderkommission bestimmt. Die Beitragszahlung für die Invalidenversicherung der Kreisstrassen- und Kreisrentenräter wurde neu geregelt. Zur Förderung der Hagelversicherung soll an die Kreisgemeinden und Gemeindegemeinden ein Rundschreiben, wie im Vorjahr, ergehen. Die Versicherungsstellen für Beamtenanteile wurden auf die Kreisfasse übertragen. Zur Förderung der Bienenzucht, Einführung von ostfälischen Rindschafen usw. wurden mehreren Vereinen Kreisbeiträge bewilligt.

Verzucht wurde Justizsekretär August Hällia beim Notariat Griesheim am Notariat Mosbach.

Aus dem Staatspolizeidienst entlassen wurde Schulmann Allan Baumann beim Bezirksamt Mannheim auf Ansuchen.

Neue Postwertzeichen. Infolge der Gebührenerhöhung ist der Wertbrosch der Marken zu 30, 40, 50 und 80 Pf. so hoch, daß diese Marken, um die Herstellung zu beschleunigen, nicht mehr zweifach, sondern einfach ausgeführt werden sollen. Da nach den Bestimmungen des Wertpostgesetzes die 30, 40 und 80 Pf.-Marken grün, rot und blau werden müssen, also mit anderen bisher vorhandenen Farben zusammen fallen würden, ist im wesentlichen eine Farbänderung der ganzen Reihe erforderlich geworden. Die Urstempel sind bereits geschnitten, alsbald vorverlegt und die Marken bei Tageslicht und künstlichem Licht geprüft, so daß mit dem Erscheinen der Marken in etwa 4 Wochen zu rechnen ist. Die neuen preisgekrönten Marken werden zur Zeit von den Künstlern entsprechend den Anordnungen des Preisgerichts vervollständigt und zum Erscheinen einer gewissen Einheitsgröße umgearbeitet. Abgesehen von den Arbeiten für die mechanische Herstellung mit besonderer Beschleunigung durchgeführt werden, so daß die ersten Marken, namentlich zunächst die hohen Werte, voraussichtlich in 2 bis 3 Monaten erscheinen können.

## Vergnügungen.

Regelmäßige Abendkonzerte im Friedrichspark. Nachdem in letzter der warmen Witterung bereits einige Abendkonzerte stattgefunden, beachtlich die Fortsetzung mit den regelmäßigen Abendkonzerten jetzt schon zu beginnen. Es werden bei entsprechender günstiger Witterung von heute Samstag ab jeden Abend, mit Ausnahme von Dienstag und Freitag, Konzerte stattfinden. Die letzten Samstag- und Mittwoch-Konzerte werden gleichzeitig regelmäßig eingeführt, jedoch die Parkkonzerte reichlich besetzt haben, die können Partituren bei Konzertveranstaltungen zu beziehen.

## Kommunales.

H. Schriesheim, 14. Mai. In der am Mittwoch abend stattgefundenen Bürgerauschuss-Sitzung wurde einstimmig beschlossen, einen Berufsbürgermeister zu wählen. Die Stelle soll sobald ausgefüllt werden. — Auf Beschluß des Gemeinderats darf dieses Jahr kein Bürgerholz an auswärtige verkauft werden. Das hat zur Folge, daß das Holz ziemlich im Preise zurückgegangen ist.

## Aus dem Mannheimer Kunstleben.

Langabend Hannele Fagel. Wie dürfen es laut sagen, daß ihr unsere Sympathie gebührt; denn über die Wachen sympathisch ist diese Tänzerin mit ihrem schönen, gestrahlten Körper und ihren wunderbaren, wenn auch diesmal ihre Schwünge in feinerer Form als in dem Ruf ständen, der vor ihr her ausgerufen wird. Ihre neuen Tänze sind zum Teil Wiederholungen ihrer alten. Nur einige Darbietungen, darunter die Tanzszene mit dem Stiefelreiter, liegen einem Schimmer ihrer Eigenart erkennen. Da war ein hübscher Strahl der Walzer, der in seinem Feuer trefflich das Temperament der Künstlerin kund tat, und das Prälude von Chopin, welches in seiner phantasievollen Trauhaftigkeit unendlich schön bestimmt war und uns in erlöschende Augenblicke versetzen konnte. Auf die Schlußszene aus dem Wiener Wald von Strauß habe ich mich gefreut, die ersten Takte der Musik lassen herrlich abhören. Dann aber wurde eine große Silberröhre sichtbar, angedeutet deren es dem wahren Freunde des Wienerwaldes auch uns herzu werden mußte. In dieser Auffassung war so manches falsch und die nachdenkliche Stille aus diesem Hauch von Melancholie heraus und schloß sich dem entzündenden Wiedererlebens. Schade auch, daß eine Künstlerin wie Hannele Fagel die Groteske von Massenot auf ihr Programm setzt; denn so was ist banal und reißt uns föhlig aus der Höhe herunter. Auch die letzte Programmnummer „La Carine“ nach doch etwas nicht. Das Publikum zeigte sich nach allen Seiten befallend und keine Zugaben durch. Der wie heißt's im Text? „Es rath der See und will sein Opfer haben“. Ausgesprochen führt Herr Felix Scherer sein Orchester.

Theaternachricht. Das Schauspiel „Das Frauenopfer“ von Georg Kaiser das am Freitag nächster Woche zum ersten Male in Szene geht, ist ein rein psychologisches Problemstück, das sich in den Figuren an die historischen Persönlichkeiten des Grafen und der Gräfin Lancaletie anlehnt und das Problem der Aufopferung der Frauenliebe von einem neuen Gesichtspunkt aus behandelt. — Morgen findet im Nationaltheater die 11. Vormittagsaufführung (die 6. in Metz) statt. Sie bringt eine Vorstellung des Hamlet der Wandertropfen des 17. Jahrhunderts „Der bestrekte Bruder oder Prinz Hamlet aus Dänemark“ als Gastspiel von Studenten der hiesigen universitätlichen Abteilung des Germanischen Seminars der Universität Frankfurt a. M. unter Leitung von Dr. Wilhelm Pöfner-Well. Die Aufführung beginnt um 11 1/2 Uhr. — Die nächste Aufführung von Lessings „Minna von Barnhelm“ findet am nächsten Montag statt. — Am Freitagabend von Margarete Köhler vom Nationaltheater statt. Der Kartenerwerb beginnt am Mittwoch, den 19. Mai an der Theaterkasse. — Für die Pfingstfeiertage sind folgende Vorstellungen angesetzt: im Nationaltheater: Sonntag, den 23. Mai

„Jaut I.“ in Metz, am Montag, den 24. Mai „Palerina“ außer Metz; im Reuen Theater: Sonntag, den 23. Mai „Tiefenland“ und Montag, den 24. Mai „Willis Frau“.

Der Drehs-Kammermusik-Abend Samstag, 15. Mai, beginnt um 10 Uhr.

100. Orgelkonzert von Arno Landmann. In dem diesen Sonntag, den 16. Mai abends 8 Uhr in der Christuskirche beginnenden 8. historischen Orgelabend wird der mit Palestrina begonnene Cyclus beschlossen und zwar mit dem bedeutendsten modernen deutschen Orgelkomponisten Max Reger. Zur Aufführung kommen 3 seiner markantesten Werke: Die Pfantalle über „Ein feste Burg“ op. 27, Phantasie über Bach op. 46 und das Monumentalwerk Die Variationen op. 73.

Musikabend Robert Schumanns-Abend. Der erste der beiden Kompositionenabende, dessen Vortragsfolge ausschließlich von den Mitgliedern des Vereins bestritten wird, findet am kommenden Mittwoch, den 19. Mai im Harmonieklub statt. Nach dem einleitenden Vortrag von Marie Retter werden Vio S. Schätzel und Helene Sch. die Sonate B-moll für Klavier und Violine zum Vortrag bringen. Herr Cunz, Grete Walzler und Auguste Schumacher und Walburg Emma Sch. werden einigelieder für 3 und 4 Frauenstimmen singen. Die Papiellons und Abegg Variationen wird Johanna Halde wana am Klavier spielen und Johanna Pläffe dirigt einstimmigelieder zum Vortrag. Die Gänge begleitet Anna Greiner. Der Abend wird sicher großes Interesse in weiten Kreisen finden, die die Mitwirkenden bereits als vorzügliche Lehrkräfte schätzen.

## Frankfurter Theater.

Im Reuen Theater fanden drei kleinere Stücke, die Kurt G. G. unter dem Titel „Renagere“ vereint hat, sehr freundliche Aufnahme. Es sind arabische Satiren, geistreich und witzig aufgebaut, und der vorzügliche Dialog, der in dem dritten Einakter „Der Hund im Hirt“ in einer ausnehmenden Schlußszene gipfelt, mag einen gerne für ein paar Stunden unterhalten, zumal wenn er so flott und munter gespielt wird wie in dieser Erstausführung. Man darf allerdings kein Philister sein und Anstöß nehmen! Dr. Georg Schott.

## Kleine Mitteilungen.

Zusammenkunft der geistigen Arbeiter. Nachdem bereits kurz nach der Revolution in Süddeutschland ein Bund geistiger Arbeiter ins Leben trat, der gleich in in Frankreich, Italien und England ins Leben gerufenen Organisationen alle geistigen Arbeiter zu gemeinsamem Kampf für ihre wirtschaftliche Verbesserung zusammenzuführen wollte, aber mangels starker Organisation ohne große Wirkung blieb, haben sich jetzt in vier Verbände geistiger Arbeiter in Bayern zu einer Arbeitsgemeinschaft zu-

sammengeschlossen, die nach Anlage und Zielsetzung die Gewähr zu geben scheint, daß von ihr aus ein wirksamer Kampf für die Fortsetzung der berechtigten wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Interessen der geistigen Arbeiter geführt wird. Ohne in die Rechte der in ihr vereinigten Körperschaften einzugreifen will die Arbeitsgemeinschaft für die Forderungen einwirken, die den Angehörigen aller freien geistigen Berufe gemeinsam sind. Es erwünscht eine angemessene Beteiligung der geistigen Berufe beim Ausbau des deutschen Wirtschaftslebens besonders beim vorbereitenden und endgültigen Reichswirtschaftsrat, bei den Bezirkswirtschaftsräten, sowie durch Einrichtung von Forderern mit Vorschlägen, die denen der Betriebsräte gleichen. Sie tritt ferner dafür ein, daß bei der Verbeuerung, besonders bei der Umsatzsteuer, das Arbeitsverhältnis der freien Geistesarbeiter nicht höher belastet wird, als das der Festangestellten. Nach Förderung der Arbeitsgemeinschaft soll weiterhin der Arbeitsnachweis und die Erwerbslosenfürsorge, soweit dabei die Angehörigen der freien Berufe in Betracht kommen, nach Wünschen und Bedürfnisse dieser Berufe und unter ihrer ständigen Mitwirkung eingerichtet werden. Eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft soll es nach ihren Zielsetzungen sein die Anerkennung der Gleichberechtigung der geistigen Arbeiter mit dem Handarbeiter durch entsprechende Verbesserung des bestehenden und durch angemessene Bestimmungen im auszuschaaffenden Recht überall zur Geltung zu bringen. — Hoffentlich gelingt es recht bald in ganz Deutschland den von Künzler aus erstrebten Zusammenschluß der geistigen Arbeiter zu erreichen, zu ihrem eigenen Vorteil und zum Wohle unseres gesamten Volkes, dem auch der wirtschaftlichen Notlage seiner Kulturträger unendlich Schaden erwächst. Dr. Fritz Gerathmann, München.

Die Dramaturgischen Berichte, welche im Auftrag des Theaterkulturverbands sein Generalsekretär, Dr. Ernst Leopold Stahl, herausgibt, enthalten in ihrem neuesten Heft eine Zusammenstellung der künstlerisch wertvollsten und heute noch lebensfähigsten Singspiele von den Anfängen bis zur Gegenwart. Von Seelenig angefangen, führt es über die deutschen, französischen und italienischen Meister des Genres über das Wiedererwecken bis zu den neuesten Spezialisten unserer Tage. Die Referate sind von Spezialkennern des Gebietes geschrieben, zum Teil Kapellmeistern, Kapellleitern und Opernregisseuren. Dr. Karl Holz (Frankfurt) schrieb ein Vorwort dazu. Die Straßburger Nummer wendet sich an die Bühnen und an jede Art von Musikfreunden, wie an Theater- und Musikfreunde. Sie wird vielen dienlich und willkommen sein.

## Todesnachrichten.

In Graz verstarb der emer. a. Professor der Physik der dortigen Universität Hofrat Dr. Leopold Pfandl im 81. Lebensjahre. Der Gelehrte (ein geborener Innsbrucker) war viel Mitglied der Wiener Akademie der Wissenschaften.





**National-Theater.**  
 Samstag, den 15. Mai 1920.  
 45. Vorstellung in Ullrich, Ullrich, C. (part II. Vorzeit C 37)  
**Der Rosenkavalier**  
 Anfang 6 1/2 Uhr. Höhe 7 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.  
**Künstlertheater Apollo.**  
 Heute abend 7 1/2 Uhr: 6056  
 Morgen Sonntag abend 7 1/2 Uhr:  
 „Das Schwarzwaldmädle“.  
**Jugendtheater = Liedertafelsaal K 2, 32**  
 Sonntag, den 16. Mai, nachm. 1/3 Uhr:  
**Max und Moritz**  
 dann: **Malenspiele**  
 Karten bei L. Levy, U 1, 4, Sonntag von 11 Uhr  
 ab in der Liedertafel. 6060

**Palast-Theater.**  
 Mia May im Der Amönonhof  
 Die Mall. Drama. 3 Akte.  
 Wochentags Anfang 4 Uhr, Samstag u. Sonntag 2 Uhr.

**Friedrichs-Park.**  
 Sonntag, 15. Mai, abends 8 Uhr 180  
 Sonntag, 16. Mai, nachmittags 1/4 u. abends 6 Uhr

**Konzerte**  
 Kapelle Petermann. Leitung: Kapellmeister Bodre

**Wilder Mann N 2, 13**  
 Heute und morgen, sowie täglich \*4644  
 Auftreten erstklassiger Kunstkräfte

**Kabarett Rumpelmayer**  
**Paul Förster**  
 der Blitzdichter  
 und die übrigen Attraktionen 573  
 Sonntag 4 und 8 Uhr: Vorstellung.

**Ballhaus.**  
 Sonntag, den 16. Mai, 12-11 Uhr  
**Frühschoppen - Konzert.**  
 Eintritt frei. \*4574

**Weinstube**  
**„zur Kornblume“**  
 B 6. 8 B 6. 8  
 Probierstube  
 der Süddeutsch. Weinzentrale  
 \*4631 Prima Weine  
 Aufmerksame Bedienung  
 Inhaber: Emil Metz, früher Colosseum.

**Bürgerliche Weinhalle**  
 S 3, 2a S 3, 2a  
 empfiehlt  
 gut bürgerlichen Mittag- u. Abendtisch  
 prima offene und Flaschenweine  
 sowie ff. Flaschenbier.  
 Um geneigten Sulpruch bittet \*4596  
**Frl. Emilie Theurer.**

Einzig in seiner Art.  
**Ohne Noten**  
 Jedem Erwachsene jeden Alters ohne Vor-  
 kenntnisse in 2-3 Monaten  
**Klavierspielen**  
 nach Orig.-System von Musikdr. P. A. Fay.  
 In wenig Unterrichtsstunden spielt man mit vollen  
 Akkorden gefällige Lieder, Tänze (z.B. Fox-Trot, Boston,  
 Two-Step), Operenstücke u. dergl. Erfolg garanti.  
 Nähere Ausk. kostenlos durch die Vertretung Mann-  
 heim, K 1, 12 (Friedrichsbrücke). Übungsgelegenheit  
 wird gebot. nach auswärts schriftl. Anlag. Beste Referenz.

**Am Nähschul-Unterricht**  
 von Helene Carl, geb. Sanger, Zuffenring 20,  
 können noch einige Damen teilnehmen.


**Rheinhesisches Butterhaus**  
 DORRINCK  
 06, 9 6002  
 neben dem Deutschen Teehaus, Tel. 7398.  
 Neu eingetroffen:  
**Frische Nordsee-Krabben**  
 Tafelfertige Majonnaise

**1a. 1919er Obstmost**  
 das Liter zu 3,50 Mk. 20775  
 ohne Steuer ab Wimpfen, größte  
 Quantität, sofort lieferbar, empfiehlt  
**M. Skrzypek, Wimpfen a. Neckar**  
 Telefon 61. Telegr.-Adr.: Skrzypek, Wimpfen.

**Wo treffen wir uns am Sonntag!**  
**In Neckargemünd**  
**im „Hirsch“.**  
**Alles da, es kommt nur auf einen**  
**Versuch an.**

*meine*  
**BÜROMÖBEL**  
*sind*

**Solide**  
**Gut**  
**Unverwundlich**  
**Tadellos**  
**Mustergültig**  
**Ansprechend**  
**Neuheitlich**  
**Neuzeitlich**



und entsprechen daher allen  
 Anforderungen / Besuchen Sie  
 meine Ausstellungsräume in  
 Mannheim Q 3, 10 \* Tel. 2143  
**S. GUTMANN**

**Trefftage der**  
**Mannheimer Warenbörse**  
 jed. Dienstag v. 11-1 Uhr  
 im Börsengebäude.  
 Alle ehrbaren Kaufleute, gleichviel welchen  
 Geschäftszweiges, sind eingeladen. E 47

**V.f.R. Sportplatz bei der**  
 Eichbaumbrauerei  
 Sonntag, den 16. Mai 1920, nachmittags 4 Uhr  
**Vorrunde zur deutschen Fußballmeisterschaft**  
**V. f. T. u. Rasensport Sp.-Vg. Fürth**  
 München-Gladbach (deutscher Alt-  
 Meister)  
 Vorher: Städte-Schülermannschaft Ludwigshafen  
 gegen 1. Jugend-Mannschaft des V. f. R. 6076  
 Eintritt frei

**Stahl-Schränke**  
 zum Schutz gegen  
**Schreibmaschinendiebstahl**  
 prompt lieferbar. E 50  
 Verlangen Sie Offerte oder unverbindlichen Vertreterbesuch  
**S. Gutmann** Büro-  
 Einrichtungen  
 Teleph. 2143. MANNHEIM Q 3, 16.

Tücht. Schneiderin  
 empfiehlt sich in  
**Anfertigung fein.**  
**Damen - Kleider**  
 zu mäßigen Preisen.  
 Zu erfragen in der Ge-  
 schäftsstelle ds. Bl. \*4604

**Stangenkäse**  
 und 5875  
**Mainzerkäse**  
 frisch eingetroffen.  
 Wilhelm Korn Nacht.  
 Inh. Karl Oliva, R 4, 1.  
**Stoppdeckenhäherin**  
 Frau Guthmann  
 Teufelstr. 46. 20770

**Todes-Anzeige.**  
 Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche  
 Mitteilung, dass meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwiegermutter,  
 Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau  
**Katharine Hameier**  
 geb. Fritz  
 vergangene Nacht von einem langen, schweren Leiden durch einen sanften  
 Tod erlöst wurde. Die Entschlafene erreichte ein Alter von 65 Jahren.  
 Ludwigshafen a. Rh., den 13. Mai 1920.  
 Richard Wagnerstrasse 3

In tiefer Trauer:  
**Friedrich Hameier**, Buchdruckereibesitzer  
**Hermann Hameier** und Familie  
**Emmy Hameier** und Tierarzt **Fr. Bauer**  
**Hilke Hameier** und **Hans Bauer**.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 15. Mai, nachmittags 2 Uhr,  
 vom Friedhof aus statt.  
 Es wird gebeten, von Beileidsbesuchen abzusehen.

Am 15. Mai ds. J. erworben  
 die Herren Sachse & Rothmann  
 mein Malergeschäft und wird  
 dasselbe in der bisherigen  
 Weise von der Firma  
**SACHSE & ROTHMANN**  
 G. m. b. H.  
 weitergeführt. Ich bitte, das  
 meiner Firma erteilt bewie-  
 sene Vertrauen meinen Nach-  
 folgern schenken zu wollen.  
**HEINRICH BUSS**  
 Dekorationsmalermeister  
 T. 6. 24

Die Firma  
**HEINRICH BUSS**  
 ist von uns übernommen wor-  
 den. Wir werden uns bemühen,  
 das dem bisherigen Inhaber in  
 so reichem Maße geschenkte  
 Vertrauen in jeder Weise zu  
 rechtfertigen.

**SACHSE & ROTHMANN**  
 G. m. b. H.  
 Hofdekorationsmaler  
 Malergeschäft  
 und Werkstätte für  
 dekorative Kunst  
 T. 6. 24 MANNHEIM T. 6. 24  
 Zweigbetriebe in  
 Frankfurt a. M., Stuttgart und  
 Heilbronn a. N.

Stadt Kärten.  
**Ella Goldschmidt**  
**Fritz Moos**  
 Verlobte.  
 Mannheim TalstraÙe 12  
 Mannheim Collostraße 37  
 Mai 1920. \*4576

Stadt Kärten.  
**Emma Leva**  
**Alfons Levy**  
 Verlobte  
 Rudheim (Pfalz) Mannheim, H 2, 16/17  
 Mai 1920. \*4600

Stadt Kärten.  
 Ihre Vermählung beehren sich an-  
 zuzeigen  
**Chr. Weller u. Frau**  
 Frieda, verwitwete Klömer geb. Kinzinger  
 Mannheim, den 15. Mai 1920.  
 Dalbergstraße 3. \*4604

Stadt Kärten.  
 Ihre Vermählung zeigen an  
**Paul Höfer u. Frau**  
 Liesel geb. Freund  
 Mannheim, den 15. Mai 1920.  
 M 1, 2a \*4607

Stadt Kärten.  
**Josef Dreßen**  
**Anna Dreßen**  
 geb. Neher  
 Vermählte.  
 Mannheim R 5, 1 P 5/1  
 15. Mai 1920. \*4599

**Hilke Neher**  
**Robert Wangler**  
 Verlobte.  
 Riller-Kanplerbahnhof  
 15. Mai 1920. \*4599

Heute verschied nach kurzem Kranken-  
 lager mein lieber Mann  
**Max Behrens.**  
 Mannheim, den 14. Mai 1920.  
 L 5, 5  
**Frida Behrens**  
 geb. Gundermann.  
 Die Feuerbestattung findet Montag vormittags 11 Uhr  
 statt. — Kranzspenden dankend verboten. \*4590

Am Freitag, den 14. Mai 1920 verschied nach  
 längerem, mit bewundernswerter Geduld ertragenem  
 Leiden Herr  
**Max Behrens**  
 Lehrer für Klavierspiel an der Hochschule für Musik  
 Seit Herbst 1918 an der Anstalt tätig, hat sich  
 Herr Behrens durch seine hervorragenden künst-  
 lerischen und menschlichen Eigenschaften die Hoch-  
 schätzung und Verehrung der Direktion, der Lehrer-  
 schaft sowie seiner Schüler in hohem Maße zu  
 gewinnen verstanden. Wir werden dem beklagens-  
 wert früh Dahingeshiedenen ein treues und warmes  
 Gedenken bewahren.  
 MANNHEIM, den 15. Mai 1920.  
 Direktion und Lehrerkollegium  
 der Hochschule für Musik in Mannheim.